

## **Rede von Hartwig Fischer, MdB/CDU zur Einführung des Kongo-Antrages am 09.05.03 im Deutschen Bundestag**

Die Entwicklungen der vergangenen Monate in Afghanistan und im Irak haben die Krisenherde und Brennpunkte in anderen Teilen der Welt in den Hintergrund gedrängt.

Beispielhaft möchte ich hier das Gebiet der großen Seen und die Demokratische Republik Kongo nennen.

Hier fand und findet tagtäglich eine der schlimmsten menschlichen Tragödien statt, die seit 1998 bis heute weit mehr als 3 Millionen Tote fordert.

Einige indigene Volksgruppen, wie die Pygmäen, stehen unter Umständen sogar vor der Ausrottung.

Wo ist hier die Stimme der Bundesregierung im Sicherheitsrat? Wo sind die Berichte der elektronischen Medien?

Nach dem Tod von fast einer Million Menschen 1994 im Ruanda-Konflikt, dem die UNO weitgehend tatenlos zugesehen hat, erleben wir jetzt, dass nach dem Pretoria-I und Pretoria II-Abkommen und trotz mehrerer UN-Resolutionen kaum eine Verbesserung der Lage eintritt.

Die freiwillige Entwaffnung und Demobilisierung der bewaffneten in- und ausländischen Kämpfer im Ostkongo durch die Peacekeeping-Mission MONUC findet nur schleppend statt.

Die Bundesregierung schaut tatenlos zu, wie immer noch rund 30.000 Menschen pro Monat durch Kriegshandlungen, durch Massaker und sich in Folge des Krieges dramatisch verschlechternder Lebensbedingungen zu Tode kommen.

Sterben in Afrika findet weitestgehend ohne öffentliche Kenntnisnahme statt, anders als im Irak.

Allein in der ersten Aprilwoche 2003 sind bei Auseinandersetzungen zwischen Angehörigen der Volksgruppen der Hema und Lendu mehrere hundert Menschen bei einem einzigen Gemetzel in Drodro im Distrikt Ituri ums Leben gekommen.

Die Neue Zürcher Zeitung vom 06.05. schreibt hierzu: "Im Morgengrauen des 3. April hatten Milizionäre der Lendu den Ort Drodro und vierzehn umliegende Weiler in einer gut koordinierten Aktion angegriffen. In einer rund dreistündigen Blutorgie ermordeten sie Hunderte von Zivilisten, viele von ihnen mit Macheten. Die Opfer gehörten der Volksgruppe der Hema an.

Beim Massaker von Dodro wurden nach einer von Anwohner zusammengestellten Namensliste 966 Personen abgeschlachtet. Zwei Tage nach dem Blutbad traf eine Untersuchungskommission der MONUC ein und inspizierte unter anderem mehr als 20 frische Massengräber. Später wurden die ersten Schätzungen auf 300-400 Todesopfer korrigiert, doch in Wirklichkeit kann niemand genau angeben, wie viele Hema ermordet worden waren

Mit dem Helikopter nach Dodro gelangt sind auch eine Untersuchungskommission der MONUC und zwei forensische Experten aus Argentinien. Auf Anweisung der Argentinier machen sich Dorfbewohner daran, das Grab mit Schaufeln und Hacken zu öffnen. Als sie in etwa einem Meter Tiefe auf verrottende Bananenblätter stossen, übernehmen die Experten das Zepter und legen sorgfältig einen Teil der Grube frei. Ein bestialischer Geruch verbreitet sich. Unter den Bananenblättern einer dunkel gefärbten Decke kommt als Erstes ein Arm ans Licht. Mit Plastikhandschuhen hebt

einer der Argentinier vorsichtig den Kopf der Leiche in die Höhe. Es ist eine Frau. In ihrem Nacken klafft ein tiefer Schnitt. "Machete", lautet der einzige Kommentar des Fachmanns. Das makabre Schauspiel beobachtet auch ein junger Mann - die Augen voller Tränen, die sich auf seinen Wangen mit Regentropfen vermischen. "Meine Frau und unsere drei Kinder liegen hier", sagt er mit erstickter Stimme. " (Ende des Zitats)

Immer wieder wird von den Verantwortlichen vor Ort gefordert, Truppen nach Dodro zu schicken, um die Hema vor den Lendu zu schützen. Bei Abzug der Ugandischen Truppen besteht Todesgefahr. Doch die MONUC hat weder das Mandat noch die Truppen dazu.

Es ist Aufgabe der Bundesregierung als Mitglied des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen sich dafür einzusetzen, dass der Zustand der Rechts- und Straflosigkeit im Osten des Kongo wirksam bekämpft wird.

Besonders in der bereits erwähnten Region Ituri sind schwerste Menschenrechtsverletzungen wie Massenhinrichtungen, systematische Vergewaltigungen und Kannibalismus, Vertreibungen und Plünderungen an der Tagesordnung. Überlebende Pygmäen berichteten, sie seien von Rebellenbewegungen zum Verspeisen von Angehörigen gezwungen worden. So erklärte der Pygmäe Amuzati Nzoli, Warlord-Milizen hätten sein Dorf überfallen und er habe mit ansehen müssen, wie sein sechsjähriger Neffe von Angreifern verspeist wurde. Kämpfer rissen dem Kind mit Macheten das Herz aus dem Körper und aßen es, nachdem sie es über dem Feuer geröstet hatten.

Die Pressesprecherin der UN-Mission im Kongo (MONUC) bestätigte ebenso wie der Bischof aus Beni-Butembo die Kannibalismus-Vorwürfe.

Die Bevölkerung leidet massiv unter den Auswirkungen dieser Kämpfe, die deren ohnehin schon katastrophale Situation weiter verschlechtert. 16 Millionen Kongolesen hungern bzw. leiden an Unter- oder Mangelernährung. 80% der Bevölkerung haben keinen Zugang zu sauberem Wasser. 70% haben keinen Zugang zu qualifizierter Gesundheitsversorgung. Die Aids-Rate steigt in Folge systematischer Vergewaltigungen und Prostitution. Kinder werden von den Kriegsparteien gewaltsam zu Soldaten rekrutiert.

Das Mandat von MONUC muß ausgeweitet werden, MONUC muß massiv personell verstärkt werden, damit die UN nicht wie in den vergangenen Wochen bei schwersten Menschenrechtsverletzungen und Übergriffen tatenlos zusehen muß.

Zwar ziehen sich derzeit Ugandische Truppenteile aus dem Osten der Demokratischen Republik Kongo zurück, aber durch das entstandene Machtvakuum entsteht die Gefahr von neuen gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen konkurrierenden Ethnien. Allein in der letzten Woche haben deshalb wieder 20.000 Angehörige der Hema die Grenze nach Uganda überquert, aus Angst vor neuen Übergriffen der mit ihnen befeindeten Lendu.

Die Bundesregierung muss sich mit aller Kraft dafür einsetzen, dass sichergestellt wird, dass das bestehende Machtvakuum nicht dazu genutzt wird, neue Konfliktherde zu schüren und alte mordend fortzusetzen. Dazu muss MONUC mit weitreichenden Befugnissen ausgestattet werden, die über eine reine Peacekeeping-Mission hinausgehen (wie in Somalia).

Ruanda hat seine Truppen auf Druck abgezogen, aber die Entwaffnung der Hutu-Milizen, die eine Bedrohung für Ruanda darstellen, steht immer noch aus. Die

Regierung in Khinshasa ist zu dieser Entwaffnung nicht in der Lage. Sie braucht die Unterstützung der UN.

Die UN muß dabei sicherstellen, dass am Friedensprozess alle Volksgruppen beteiligt werden.

Ohne das Engagement der nichtstaatlichen Zusammenarbeit z. B. von Seiten der deutschen Kirchen wäre in vielen Regionen die Gesundheitsversorgung und das Bildungssystem längst völlig zusammengebrochen.

An dieser Stelle möchte ich im Namen meiner Fraktion daher den vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der NGOs und der Kirchen, die im Kongo tätig sind, unseren großen Dank und unseren großen Respekt für ihre hervorragende Arbeit aussprechen, die oft nur unter Gefahr für Leib und Leben erfolgen kann.

Um insbesondere im Ostkongo tätig sein zu können, brauchen die NGOs aber Sicherheit, die nur durch die UN hergestellt werden kann. Nur so wird es für die Zukunft möglich sein, dass die reichhaltigen Rohstoffvorkommen dazu beitragen, die Armut der Bevölkerung zu lindern und gleichzeitig die Voraussetzungen für eine positive wirtschaftliche Entwicklung zu schaffen. Dies alles ist auch Voraussetzung für den Aufbau von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie.

Es ist daher die Aufgabe der Bundesregierung, Druck auf die UNO auszuüben. Wir müssen alles in unseren Kräften stehende tun, die menschliche Tragödie und das unermessliche Leid der Menschen im Kongo endlich zu beenden!

Wir wollen mit unserem Antrag die Öffentlichkeit sensibilisieren, wir wollen die Medien aktivieren, wir wollen, dass die Bundesregierung ihre Möglichkeiten endlich ausschöpft. Es soll niemand sagen können: "Wir haben nichts gesehen, wir haben nichts gehört, wir haben nichts gewußt und deshalb nichts getan!"

Ich danke Ihnen.

### **Antwort Dr. Uschi Eid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Kollege Fischer! Bezüglich der Demokratischen Republik Kongo hat sich diese Regierung überhaupt nichts vorzuwerfen, das möchte ich klarstellen.

Einige Regierungsmitglieder beobachten sehr genau seit Jahren das, was in dieser Region passiert.

Ich will Ihnen jetzt konkret auf das antworten, was Sie von uns eingefordert haben. Die Bundesregierung unterstützt, insbesondere im Rahmen der Europäischen Union durch den Sonderbeauftragten Ajello und als nicht ständiges Mitglied des VN-Sicherheitsrates die Bemühungen um einen umfassenden und dauerhaften Frieden in der Demokratischen Republik Kongo und in der gesamten Region.

Das Auswärtige Amt hat die Mission von Sir Quett Masire, dem ehemaligen Staatspräsidenten von Botswana, finanziell in großem Maße unterstützt, weil er der Mediator war, der versuchte, die verfeindeten Gruppen zusammenzubringen.

Wir unterstützen mit großem Engagement im VN-Sicherheitsrat die Umsetzung der Resolution des Sicherheitsrates zur Region der Großen Seen. Wir unterstützen eine Anpassung des Mandats für MONUC, um unter anderem die Präsenz von MONUC im Ostkongo zu stärken.

Wir haben in den letzten Jahren 20 Millionen Euro im Rahmen eines Weltbankprogramms für die Entwaffnung und die Reintegration von Exkombattanten

ausgegeben. Während wir auf der einen Seite das Regime von Mobuto isoliert haben, haben wir mit den Menschen vor Ort - und das bereits unter der CDU/CSU-FDP-Regierung - in Vereinbarung mit der GTZ und der KfW kleine lokale Programme unterstützt, um die Menschen von der kommunalen Basis her zu stärken, damit ihr Überleben gesichert ist.

Wir lassen uns von der CDU in dieser Sache nichts vorwerfen. Wir haben den Friedensprozess in den letzten Jahren massiv unterstützt und werden das auch weiterhin tun. Wir werden an der Seite der Kongolesen, aber auch der gesamten Region wie auf der Seite der Südafrikaner stehen, die diesen Prozess hoffentlich bald zu einem friedlichen Ende führen können.

Ich weise die Kritik, die Sie hier geäußert haben, wirklich mit aller Schärfe, auch im Namen der Ministerin, zurück.

### **Antwort Hartwig Fischer (Göttingen) (CDU/CSU):**

Frau Abgeordnete Eid, ich habe keinen Zweifel an der Arbeit der NGOs, die Sie gerade angesprochen haben. Ich habe aber festgestellt, dass die Maßnahmen, die von der UNO im Pretoria-I-Abkommen vom 30. Juli 2002, im Pretoria-II-Abkommen vom 17. Dezember 2002 und im Sun-City-Abkommen vom 1. April 2003, das man sicherlich noch nicht beurteilen kann, weil es erst seit kurzem in Kraft ist, beschlossen wurden, in Bezug auf das Morden der Hema und Lendu im Ostkongo nichts genützt haben. Deshalb habe ich Sie aufgefordert, Ihre Kraft im Sicherheitsrat dafür einzusetzen, dass der Auftrag für MONUC geändert wird. Dazu gehört, dass MONUC auch militärisch eingreifen darf.

Die Erfüllung dieser Aufgabe erwarte ich von Ihnen im Sicherheitsrat, unter Umständen sollten Sie dafür auch die neue Achse zu Frankreich und Russland einschalten.